

Empfehlung zur Aufnahme von Verhandlungen über ein Bündnis zwischen den Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und VOLT im Rat der Stadt Köln für die Wahlperiode 2020-2025

Antrag an die Kreismitgliederversammlung der Kölner GRÜNEN am 05.12.2020

1 I. Sondierungsergebnis

2 Mehr Grün für Köln – mit diesem Anspruch sind wir in Sondierungen zu einer zukünftigen
3 Zusammenarbeit im Rat der Stadt Köln für die begonnene Wahlperiode 2020-2025
4 eingetreten.

5 Die Kreismitgliederversammlung der Kölner GRÜNEN vom 28.09.2019 hat eine
6 Sondierungskommission bestehend aus Partei- und Fraktionsspitze einer* einem Vertreter*in
7 der vier Kölner Abgeordneten sowie einer weiteren Person aus der Partei beauftragt, mögliche
8 Bündnisse zur Zusammenarbeit zu prüfen und der Kreismitgliederversammlung eine
9 Empfehlung zum Eintritt in Bündnisverhandlungen vorzulegen. Ziel der Gespräche mit allen
10 demokratischen Parteien war es, einen grundsätzlichen Abgleich der wechselseitigen
11 kommunalpolitischen Vorstellungen vorzunehmen sowie die Tragfähigkeit einer längerfristigen
12 und vertrauensvollen Zusammenarbeit auszuloten – auch unter Einbezug der von den
13 GRÜNEN unterstützen Oberbürgermeisterin Henriette Reker. Darüber hinaus wird der klare
14 Anspruch formuliert, für breite demokratische Mehrheiten zu werben und im Sinne einer
15 erneuerten politischen Kultur weitere Partner*innen im Rat der Stadt Köln bei der zukünftigen
16 Arbeit eng und dauerhaft einzubinden.

17 Die Sondierungskommission hat diese Gespräche erfolgreich abgeschlossen und mit den
18 Sondierungsvertreter*innen der Kölner CDU sowie VOLT Köln ein gemeinsames
19 Grundverständnis zu zentralen inhaltlichen Themen erzielt.

20 Die Kreismitgliederversammlung der Kölner GRÜNEN begrüßt diese Einigung mit CDU und
21 VOLT als wichtige Grundlage einer zukünftigen erfolgreichen Zusammenarbeit. Sie beauftragt
22 auf Basis der Gesprächsergebnisse, wie im vorgelegten Eckpunktepapier „Ergebnis der
23 Sondierungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Volt zur zukünftigen
24 Zusammenarbeit im Rat der Stadt Köln“ zusammengefasst, die Spitzen von Partei und
25 Fraktion der Kölner GRÜNEN federführend unter Einbindung der unten genannten
26 Akteur*innen, in Bündnisverhandlungen mit CDU und VOLT einzutreten. Ziel der
27 Verhandlungen ist der Abschluss einer Vereinbarung über ein Bündnis zur Zusammenarbeit
28 in der Wahlperiode 2020-2025.

29 II. Weiteres Vorgehen

30 Um Verhandlungen über eine Vereinbarung zur Zusammenarbeit führen zu können, setzt die
31 Kreismitgliederversammlung der Kölner GRÜNEN folgende Strukturen ein (jeweils Grüne
32 Anteile):

33 **Zentrale Verhandlungskommission:**

- 34 • *Mitglieder:* Grüne Mitglieder sind in der Kerngruppe die beiden amtierenden
35 Kreisvorsitzenden, die Vorsitzende der Ratsfraktion und der Geschäftsführer der
36 Ratsfraktion. Bei Bedarf kann eine Erweiterung um je eine Person aus den Vorständen
37 des Kreisverbandes und der Ratsfraktion erfolgen und es können anlassbezogen die
38 weiteren Mitglieder der ehemaligen Sondierungskommission hinzugezogen werden.
- 39 • *Aufgaben:* Die Kommission ist verantwortlich für die Vorlage einer Bündnisvereinbarung,
40 die Einbindung der Oberbürgermeisterin sowie für zentrale Themen, Vereinbarungen über
41 die Zusammenarbeit, über Vorschlagsrechte für Dezernate und die Lösung von Dissensen.
42 Sie ist außerdem verantwortlich für die Erarbeitung und Umsetzung eines geeigneten
43 Prozesses zur Erarbeitung der Vereinbarung inklusive eines Zeitplans und entsprechender
44 Fristsetzungen. Sie hat das Mandat, abschließende Entscheidungen zu treffen.
- 45 • *Abstimmung:* Die Grünen Mitglieder der Kommission aus dem Kreisvorstand stimmen sich
46 eng mit dem Kreisvorstand ab, die Mitglieder der Ratsfraktion mit dem Fraktionsvorstand.

47 Fachliche Verhandlungsgruppen (**Fachgruppen**):

- 48 • *Anzahl und thematischer Zuschnitt der Fachgruppen*: Es werden 10 Fachgruppen gebildet:
49 Wirtschaft & Finanzen; Stadtentwicklung, Bauen, Liegenschaften; Klima, Umwelt &
50 Energie; Schule & Jugend; Kunst & Kultur; Mobilität; Gesellschaft, Integration;
51 Digitalisierung; Soziales, Gesundheit & Sport; Verwaltung & Sicherheit
- 52 • *Mitglieder*: Grüne Fraktion und Partei entsenden je eine*n festen Verantwortlichen als
53 federführende Verhandler*innen. Die federführenden Verhandler*innen werden durch den
54 Kreis- und Ratsfraktionsvorstand entsendet. Dabei sind die jeweiligen Fachpolitiker*innen
55 der Fraktion sowie die ehemaligen Kapitelverantwortlichen auf Seiten der Partei für das
56 Kommunalwahlprogramm zu berücksichtigen.
- 57 • *Aufgabe*: Die Fachgruppen sind verantwortlich für die Erstellung von Fachbeiträgen zu
58 ihrem jeweiligen inhaltlichen Thema gemäß den Vorgaben und dem Zeitplan der zentralen
59 Verhandlungskommission. Bei zentralen Themen sowie Dissensen informieren sie die
60 zentrale Verhandlungskommission. Die Erarbeitungen der Fachgruppen stehen unter
61 einem **Finanzvorbehalt**. Die Fachgruppe „Wirtschaft & Finanzen“ schätzt abschließend
62 eine finanzielle Machbarkeit ab und gibt der zentralen Verhandlungskommission eine
63 Empfehlung zu möglichen Anpassungen.
- 64 • *Abstimmung*: Die Grünen federführenden Verhandler*innen ziehen weitere fachlich
65 zuständige Personen sowie die Arbeitskreise auf Fraktionsseite beratend zur Erstellung
66 der Fachbeiträge hinzu. Auf Parteiseite kann je Fachgruppenthema bei Bedarf eine
67 **Feedbackgruppe** mit Vertreter*innen der Partei-Arbeitskreise eingerichtet werden, der
68 ausgewählte Themen vorgestellt werden können. Bei einer örtlichen Betroffenheit von
69 inhaltlichen Verhandlungspunkten beziehen die federführenden Verhandler*innen die
70 betroffenen Ortsverbände und Bezirksvertretungen ein.

71 **Inhaltliche Grundlage** für die Verhandlungen, ist das von der KMV beschlossene
72 Kommunalwahlprogramm (Langfassung mit Corona-Update) und die darin enthaltenen
73 Grünen Forderungen für eine Ausgestaltung der Ratspolitik.

74 Sowohl die Kommission als auch die Fachgruppen arbeiten mit strikter **Vertraulichkeit**. Alle
75 Beteiligten sind in der Lage, kurzfristige Verfügbarkeiten sicherzustellen. Aufgrund der
76 Pandemielage werden die Verhandlungen vorzugsweise digital durchgeführt.

77 Gemeinsames Ziel ist es, eine konsolidierte Empfehlung an die Kreismitgliederversammlung
78 der Kölner GRÜNEN abzugeben. Diese entscheidet über den Abschluss einer
79 **Bündnisvereinbarung**, die anschließend von den Spitzen von Partei und Fraktion
80 unterzeichnet wird.

Begründung:

Aufgrund der Anzahl der beteiligten Partner*innen an den Verhandlungen und der damit einhergehenden steigenden Größe der Verhandlungskommission (insgesamt 12 Mitglieder) sowie der Fachgruppen (insgesamt jeweils 6 Mitglieder), wollen die drei beteiligten Partner*innen die Anzahl der Delegationen der Parteien aus Gründen der Verhandlungseffizienz begrenzen. Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Hinweis: Mitglieder bzw. Gremien der Kölner GRÜNEN, die Anliegen im Zusammenhang mit den Bündnisverhandlungen haben, werden gebeten diese an eine dafür eingerichtete, gesonderte E-Mail-Adresse zu richten (verhandlungen@gruenekoeln.de).

Antragssteller*in: Kreisvorstand, Fraktionsvorstand

Ergebnis der Sondierungen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Volt zur zukünftigen Zusammenarbeit im Rat der Stadt Köln

Köln steht als europäische Metropole vor den erheblichen Herausforderungen einer wachsenden und im Wandel befindlichen Stadt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU und Volt wollen diesen Herausforderungen mit großem Engagement, partnerschaftlich und gemeinsam mit der Oberbürgermeisterin Henriette Reker begegnen. Aufsetzend auf der bisherigen erfolgreichen Zusammenarbeit von GRÜNE und CDU schlagen die Sondierungsgruppen vor, im Rat der Stadt Köln in einem stabilen Dreierbündnis für neue Ideen auch auf Basis von europäischen Erfolgsmodellen und mehr Nachhaltigkeit zusammenzuarbeiten. Nachfolgend sind vereinbarte Eckpunkte für vertiefende Bündnisverhandlungen beschrieben, verbunden mit dem gemeinsamen festen Vorsatz, die skizzierten Vorhaben umzusetzen und die damit verbundenen Ziele zu erreichen. Dazu tauschen sich die Bündnispartner auch zukünftig regelmäßig in einem noch zu vereinbarenden Rahmen aus. Die genannten Themenfelder sind dabei weder abschließend noch priorisiert. Das Bündnis wird auch in dieser Wahlperiode für breite Mehrheiten werben. Deshalb ist es im besonderen Interesse, weitere Partner im Rat der Stadt Köln bei der zukünftigen Arbeit einzubinden. Die Partner legen zudem Wert auf transparente und nachvollziehbare Darstellung der Arbeit im Rat der Stadt Köln.

Auf Grundlage der vorliegenden Eckpunkte schlagen die Verhandlungsgruppen von GRÜNE, CDU und Volt ihren Mitgliedern die Aufnahme von Bündnisverhandlungen vor.

Klima- und Umweltschutz

Köln trägt eine große Verantwortung, den natürlichen Lebensraum und die Schöpfung für nachfolgende Generationen zu bewahren und einen lokalen Beitrag gegen den Klimawandel zu leisten. Wir legen deshalb den Fokus auf eine klimaneutrale und umweltbewusste Stadt, für mehr Natur- und Klimaschutz, saubere Luft und eine schnelle Energiewende und setzen uns die folgenden Ziele:

- Bis spätestens 2035 die gesamtstädtische Klimaneutralität erreichen.
- Erhalt von intakten Naturräumen als „grüne Lunge“ und als Schutz vor dem Klimawandel.
- Flächenentsiegelung verstärken für neues Grün in unserer Stadt.
- Vorreiterrolle bei der Begrünung öffentlicher Gebäude.
- Städtische Vorreiterrolle bei der Energiewende.

Konkret werden wir dafür diese Maßnahmen umsetzen:

- Bis Ende 2021: Erarbeitung eines Maßnahmenplans zur Erreichung der Klimaziele
- Einrichtung einer Kontrollinstanz, die in einem jährlichen Transparenzbericht über den aktuellen Fortschritt berichtet
- Umsetzung einer städtischen Strategie zur Klimafolgenanpassung
- Prioritäre Umsetzung und konsequente Fortschreibung begonnener Initiativen, insbesondere KölnKlimaAktiv2022, Ratsbeschluss Klimanotstand, GreenCity-Masterplan, Luftreinhalteplan, Grünhoch3.

- Co-Finanzierungsprogramm der Kommune für Photovoltaik auf Gebäuden in privater Hand und Ausstattung stadteigener Gebäude bzw. solcher, auf die die Stadt Einfluss nehmen kann.
- Alternative Energieformen wie grünen Wasserstoff durch gezielte Maßnahmen der Wirtschaftsförderung voranbringen. Köln als innovativen Technologiestandort für moderne Energien weiterentwickeln.
- Bei Neubauten auf Passivhaus- und Plusenergiehausstandard setzen und das Förderprogramm für Altbausanierung ausbauen mit konkret quantifizierten Zielen.
- Energetische Sanierung von städtischen Bestandsbauten.
- Klimaneutralität der Beteiligungsunternehmen inklusive des Stadtwerkekonzerns bis zum Jahre 2035.
- Die endliche Fläche unserer Stadt erfordert ein bewusstes und nachhaltiges Flächenmanagement. Dafür brauchen wir eine verstärkte Reduzierung des Flächenverbrauchs ohne die Anforderungen einer wachsenden Stadt unberücksichtigt zu lassen. Wir werden Entsiegelungen ausweiten, um entstehender Versiegelung zu begegnen. Dafür wird ein Entsiegelungskataster eingerichtet. Bis zur Einrichtung werden übergangsweise schnell entsiegelbare kleinteilige Flächen identifiziert; in diesem Zuge wird z.B. das Entsiegelungsprogramm der Stadtentwässerungsbetriebe (STEB) ausgeweitet, Schulhofentsiegelungen beschleunigt und geprüft, inwiefern Parkplatzentsiegelungen möglich sind.
- Erarbeitung und Umsetzung einer Gesamtstrategie für Biodiversität und städtisches Grün.
- Vervollständigung des durchgängigen „Rechtsrheinischen Grüngürtels“.
- Auskömmliche Finanzierung für die Pflege aller Naturschutzgebiete und mögliche Ausweisung eines weiteren Naturschutzgebietes.
- Zu bestehenden Sportplatz-Förderprogrammen Fördermöglichkeit für Naturrasen einführen.
- Über ein Moratorium zur Bebauung der Gleueler Wiese, d.h. der Aussetzung weiterer Rats- und Ausschussbeschlüsse insbesondere des Abschlusses von Pacht- und Nutzungsverträgen für die Flächen im Eigentum der Stadt, wird erreicht, dass für alle Beteiligten angesichts wahrscheinlicher Klageverfahren eine rechts- und planungssichere Entscheidungsgrundlage geschaffen wird. Die Sondierungspartner streben gemeinsame Gespräche mit dem 1. FC Köln an, um auch aufgrund des erheblichen öffentlichen Interesses eine Einigung über die Nutzung eines Alternativstandortes, z.B. des „Beller Bogens“, zu erzielen.

Wirtschaft und Digitalisierung

Wir wollen den Kölner Wirtschaftsstandort nachhaltig stärken und sozial, ökologisch und wirtschaftlich zukunftsfest machen. Wir legen Wert auf den Umbau zu einer *Smart City*, gut bezahlte und zukunftsfähige Arbeitsplätze und bieten Unternehmen optimale Bedingungen zur weiteren Entwicklung. Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- Angebot an attraktiven Gewerbe- und Industrieflächen schaffen.

- Startup-Hauptstadt NRW: Optimale Bedingungen für Gründungen und die Ansiedlung von jungen Unternehmen in Köln.
- Ganzheitliche Digitaloffensive: Die Stadt Köln übernimmt die Vorreiterrolle in der Digitalisierung vor allem für Verwaltung, städtischen Betriebe sowie Schulen.
- Köln zu einem Standort für herausragende Wirtschafts- und Industrieprojekte entwickeln, vorrangig nachhaltiger Branchen.
- Fachkräftemangel in Wirtschaft und Verwaltung begegnen durch unter anderem Stärkung der Berufsausbildung in Köln.
- Ausbau der regionalen und europäischen Zusammenarbeit durch stärkere Vernetzung und Kooperation.
- Stärkung des Handwerks und von kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere Unterstützung zur Entwicklung nachhaltiger Geschäftsmodelle und zahlreicher Ausbildungsplätze.

Konkret werden wir dafür diese Maßnahmen umsetzen:

- Erarbeitung eines Stadtentwicklungskonzeptes zur Identifikation von neuen Gewerbe- und Industrieflächen, z.B. durch Umnutzung bestehender, bereits versiegelter Flächen und durch Nachverdichtung (auch in der Höhe).
- Verbesserung des Stadtmarketings durch Neuausrichtung der Aktivitäten von KölnTourismus unter Einbeziehung von starken Partnern wie der Koelnmesse und dem Flughafen Köln/Bonn, um die Marke Köln international stärker zu etablieren und den Städtetourismus sowie Messe und Kongressgeschäft stärker auf Basis von qualitativen Zielen ausrichten.
- Unterstützung von E-Sports- und Gaming-Veranstaltungen.
- Nachhaltigkeit der Kölner Wirtschaft durch Wirtschaftsförderung unterstützen, Förderung von Unternehmensgründungen u.a. durch Stärkung von Gründungs- und Innovationszentren (auch in sozial-ökologischen und gemeinwohlorientierten Bereichen), Ausbau der *One-Stop-Agency* (perspektivisch auch für bestehende Unternehmen öffnen) und Vernetzung mit *Business Angels*. Die Wirtschaftsförderung soll auch Kreislaufwirtschaft unterstützen. Bei städtischen Vergabeverfahren vorrangig auf nachhaltige und regionale Kriterien setzen.
- Erarbeitung einer Mittelstandsvereinbarung mit der Industrie- und Handelskammer zu Köln und Neuauflage und Vertiefung der Mittelstandsvereinbarung mit der Handwerkskammer zu Köln.
- Stärkung der dualen Ausbildung mit Ausbau der Kölner Berufskollegs und Eröffnung neuer Optionen zur Qualifizierung von Arbeitskräften für den Kölner Arbeitsmarkt sowie gezielte Unterstützung für internationale Fachkräfte, durch die Errichtung eines *Welcome Desk* ähnlich wie in Brüssel
- *Smart City* Masterplan für städtische Digitaloffensive, u.a. durch Ausbau im Dienstleistungs- und Digitalsegment der Verwaltung inklusive beschleunigter Verwaltungsprozesse mithilfe digitalem Prozessmanagement sowie Ausbau der Vorreiterrolle bei digitaler Infrastruktur (Glasfaser, 5G und LoRaWAN).

- Kompetenzbündelung durch Schaffung einer organisatorischen Einheit in Anlehnung an das Konzept des *Chief Digital Officers*. Konkrete Zielsetzung und Überprüfung bspw. anhand des *Smart City* Indizes.
- Den lokalen Einzelhandel in unseren Veedeln stärken und durch digitale Unterstützung wie Veedelsplattformen unterstützen, bspw. durch die Köln App.
- Stärkung des Angebots von regionalen und biologisch erzeugten Produkten auf unseren Wochenmärkten, durch Aufnahme der Nachhaltigkeit in die Vergabekriterien.
- Neue Corona-Maßnahmenpakete zur gezielten, auch finanziellen Unterstützung von besonders betroffenen Branchen wie Einzelhandel, Gastronomie, Kultur, Eventbranche und Soloselbstständige unter Berücksichtigung verfügbarer EU- und Bundesmittel
- Der Gewerbesteuerhebesatz wird für die nächsten fünf Jahre stabil gehalten.
- Verstärkte Zusammenarbeit und Vernetzung in der Kölner Region und Ausbau der Metropolregion Rheinland zu einem starken regionalen und europäischen Player, u.a. durch proaktive Begleitung des Strukturwandels im Rheinischen Revier.
- Ausbau der Zusammenarbeit von Wissenschaft und Wirtschaft durch bessere Vernetzung mit den Hochschulen in Köln (Fokus TH), IHK, Startup-Szene und der Region, insbesondere zur Förderung neuer Technologien und Schaffung innovativer Arbeitsplätze.
- Klinikverbund der Kliniken der Stadt Köln mit dem Universitätsklinikum umsetzen zur besten Gesundheitsversorgung auf beiden Rheinseiten und zur Sicherung von Arbeitsplätzen.
- Städtischen Unternehmen in ihrer wirtschaftlichen Leistungs- und Handlungsfähigkeit stärken damit sie ihre Aufgabe im Rahmen der Daseinsvorsorge effizient wahrnehmen können. Als Pilotprojekt sollen zwei kommunale Unternehmen eine Gemeinwohlbilanz einführen.

Mobilität

Für ein modernes und zukunftsfähiges Mobilitätsangebot vor dem Hintergrund einer wachsenden Stadt mit knappem Raum, zur Erreichung der Klimaneutralität und zur Verbesserung der Lebens- und Aufenthaltsqualität setzen wir uns die folgenden Ziele:

- Ausbau des ÖPNV, inklusive Taktverbesserungen und preisgünstigeren Ticketangeboten.
- Gleichberechtigte, sichere Teilhabe aller Menschen an Mobilität.
- Nachhaltige Organisation von Mobilität unter anderem durch Neuaufteilung des Verkehrsraums, Digitalisierung und innovative Lösungen.
- Im Rahmen der Fortschreibung von *KölnMobil 2025* Erhöhung des Anteils des Umweltverbundes (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr) bis 2035 auf 75 Prozent.
- Mehr Platz für Fuß- und Radverkehr im innerstädtischen Raum sowie den Quartierszentren.

Konkret werden wir dafür diese Maßnahmen umsetzen:

- Eine bessere ÖPNV-Anbindung der Außenbezirke an die Innenstadt sowie eine bessere Vernetzung der Veedel untereinander, z.B. durch die Ringschlüsse der Linie 13 – mit dem

Ziel, den Baumbestand und den Klettenberg-Markt zu erhalten – und Ausbau des S-Bahn-Rings.

- Ausweitung von Sharing-Angeboten (Car-, E-Scooter-, E-Bike-Sharing) in die Außenbezirke.
- Busbeschleunigungsprogramm zur kurzfristigen Stärkung des ÖPNV durch Ausweitung von Buslinien. Vorrangefädelspuren an großen Ampelkreuzungen werden geprüft. Buslinien auch als Vorlaufprojekte für noch zu bauende Straßenbahnlinien, z.B. bei der Verlängerung der Linie 7.
- Qualitätsoffensive bei der KVB: Ausbau des W-LANs in den Haltestellen und Fahrzeugen, mehrsprachige Ansagen, eine zügigere Herstellung der Barrierefreiheit an Haltestellen inklusive verbesserte Instandsetzungsintervalle bei Lift- und Rolltreppenanlagen und Ausbau von gesicherten Fahrradstellplätzen.
- Ausbau von Mobility-as-a-Service-Angeboten nach dem *Best Practice* Vorbild London und Helsinki.
- Der bereits beauftragte *Nachhaltige urbane Mobilitätsplan* ist mit Priorität und unter Beteiligung aller Interessensgruppen zu planen und umzusetzen.
- Mehr kostengünstige, klimaschonende Park & Ride-Plätze am Stadtrand und diese besser anbinden.
- Das Parken im öffentlichen Raum soll im innerstädtischen Bereich reduziert werden. Das wird erreicht durch gezielte, der Örtlichkeit angepasste Maßnahmen wie verbesserte Verkehrsführung, smarte Leitsysteme durch Digitalisierung, Verlagerung in Parkhäuser sowie durch eine intelligente Bepreisung des Parkraums und des Anwohnerparkens.
- Barrierefreiheit auf Gehwegen herstellen durch ein verbessertes Parkraummanagement und Verlagerung von Parkplätzen durch Öffnung privater und öffentlicher Parkplatzflächen und den Ausbau von Quartiersgaragen. Zusätzlich benötigte Fahrradstellplätze werden berücksichtigt. Die Bedürfnisse von Seniorinnen und Senioren, Familien mit Kindern und Menschen mit Mobilitätseinschränkungen sollen dabei besonders berücksichtigt werden und ein Interessenausgleich mit der Außengastronomie angestrebt werden.
- Der Verkehrsraum in der Innenstadt und den Quartierszentren wird zu Gunsten des Fuß- und Radverkehrs neu aufgeteilt. Als Sofortmaßnahme und Einstieg in weitere derartige Maßnahmen werden die Ehrenstraße, die Apostelnstraße, die Breite Straße, Brüsseler Platz sowie die Severinstraße autofrei. Die Erreichbarkeit der Innenstadt für Menschen, die auf das Auto angewiesen sind, wie z.B. Anwohnende, Handwerkerinnen und Handwerker, Lieferverkehre, Pflege- und Gesundheitsdienste bleibt erhalten.
- Die vorliegenden und in Planungen befindlichen Radverkehrskonzepte sollen durch personelle Zusetzungen schneller umgesetzt werden. Es sind insbesondere durchgehende Ost-West- und Nord-Süd-Verbindungen für den Radverkehr (links- und rechtsrheinisch) über das zentrale Straßennetz zu schaffen. Bestehende Radwege werden zügiger instandgesetzt und saniert. Dabei ist, wo möglich, auf eine bauliche Trennung, eine Mindestbreite von 2 m und die Errichtung von Fahrradstraßen zu achten.
- Prüfung und Umsetzung innovativer Ansätze, z.B. Wasserbus, Seilbahn Porz-Rodenkirchen, selbstfahrender ÖPNV, Klüttenbahntrasse, Optimierung der Busrouten mittels *Künstlicher Intelligenz*.

- Die geplanten Fuß-, ÖPNV- und Radwegbrücken über den Rhein sollen mit Priorität umgesetzt werden.
- MIV-Verkehrsströme sollen möglichst aus Stadtteilen herausgehalten werden, bspw. soll Kreuzfeld nicht zu Lasten umliegender Stadtteile erschlossen und die geplante Umgehungsstraße im Porzer Süden umgesetzt werden. Prüfung von verkehrssamen Zonen ähnlich wie in Barcelona.
- Die Infrastruktur für Elektromobilität wird ausgebaut.

Wohnen und Soziales

Köln soll eine Stadt bleiben, die attraktiv für alle Menschen ist. Wir stehen für eine an den Bedürfnissen aller Kölnerinnen und Kölner ausgerichteten Wohnungsbau- und Sozialpolitik. Im Fokus stehen dabei für uns soziale Teilhabe und Generationengerechtigkeit. Die bestehende soziale Infrastruktur und die individuellen freiwilligen Leistungen in Köln bleiben auch in finanziell schwierigen Zeiten unantastbar. Hierzu setzen wir uns die folgenden Ziele:

- Schaffung von bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnmöglichkeiten für alle Kölnerinnen und Kölner.
- Planung und Umsetzung von gemischten Quartieren.
- Förderung der Vielfalt an Wohn- und Lebensformen.
- Keine Kürzung im Sozialbereich.
- Allen Menschen ein gelingendes, selbstbestimmtes Leben ermöglichen und ihre Teilhabe an der Gesellschaft sichern.
- Schutz von Menschen mit Fluchthintergrund – Köln bleibt „Sicherer Hafen“.

Konkret werden wir dafür diese Maßnahmen umsetzen:

- Priorität auf der Umsetzung der Beschlüsse zum „Stadtentwicklungskonzept Wohnen“, insbesondere Kreuzfeld und nachhaltige Entwicklung neuer gemischter Quartiere für alle Generationen und Wohnformen sowie der dazugehörigen Infrastruktur und Versorgung.
- Das Kooperative Baulandmodell wird ergänzt um die Entwicklung eines kommunalen Fördermodells für den preisgedämpften Wohnungsbau, insbesondere gerichtet an Genossenschaften, die GAG Immobilien sowie die Wohnungsbaugesellschaft der Stadtwerke Köln (WSK). Zusätzlich verfolgen wir bei städtischen Grundstücken das Ziel, den geförderten Wohnungsbau weiter zu stärken.
- Stärkung von Konzeptvergaben und genossenschaftlichem Wohnen.
- Erbbaurecht als grundsätzliches Vergabeinstrument bei städtischen Grundstücken für Wohnen und sozio-kulturelle Nutzung nach Wiener Vorbild.
- Ankauf von Wohnungen durch die Stadt Köln für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt sowie der städtischen Unternehmen, unter Verwaltung durch die WSK.
- Anpassung der Wohnraumschutzsatzung, um z.B. Kurzzeitvermietungen über Airbnb und andere stärker durch ordnungspolitische Kontrolle regulieren und Missbrauch ahnden zu können.

- Milieuschutzsatzungen in der Umsetzung weiterhin evaluieren, gemeinsam auswerten und links- und rechtsrheinisch ausweiten.
- Wohnungslosigkeit ist vorrangig durch Prävention zu verhindern. „Housing First“ wird fortgesetzt. Langfristig benötigte Unterbringungsmöglichkeiten werden bedarfsgerecht ausgebaut und die Betreuung durch Streetworking wird ausgebaut.
- Für junge Familien, Kinder und Jugendliche in prekären Lebensverhältnissen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und soziale Angebote gewährleisten.
- Schaffung von bedarfsgerechter Versorgungs-, Dienstleistungs- und Pflegeinfrastruktur in den Quartieren.
- Eine bessere Integration von Menschen mit Fluchthintergrund ins Arbeitsleben und Stärkung des Ehrenamts werden gefördert, um eine höhere Partizipation sicherzustellen.
- Initiierung und Koordinierung einer Projektpatenschaft der Stadt und der Kölner Zivilgesellschaft für ein Geflüchteten-Camp in einem der besonders betroffenen Erstankunftsländern.
- Weiterentwicklung der städtischen Drogenpolitik unter anderem durch Ausweitung der Drogenkonsumräume im Links- und Rechtsrheinischen, Ausbau der Präventionsmaßnahmen an Schulen und Schaffung niedrigschwelliger Angebote für Suchtkranke.
- Die Schaffung weiterer Schutzräume für Opfer von häuslicher Gewalt wird gefördert.

Öffentlicher Raum und Stadtentwicklung

Der öffentliche Raum ist eine Voraussetzung städtischen Lebens und dessen Mittelpunkt. Mit einer weitsichtigen und langfristigen Stadtentwicklung wollen wir die Quartiere, Plätze und Straßen Kölns so gestalten, dass sie für alle Bürgerinnen und Bürger ein attraktiver und sicherer Anziehungs- und Aufenthaltsraum sind und zugleich die Versorgungs- und Mobilitätsfunktionen einer innovativen Metropole gewährleisten.

Dazu setzen wir uns folgende Ziele:

- Attraktivierung zentraler Plätze der Innenstadt und Aufwertung von Plätzen in den Veedeln.
- Verbesserung der Sauberkeit und Sicherheit im öffentlichen Raum.
- Weiterentwicklung der Masterpläne zur stadträumlichen Gestaltung.
- Aufwertung der Rheinufer.
- Erhalt von Freiräumen für kulturelle und soziale Nutzungen.
- Entwicklung innovativer Nutzungskonzepte von ungenutzten Büro- und Gewerbeflächen im Kontext der neuen Arbeitswelt.
- Städtebauliche Maßnahmen sind am Gesamtziel der Klimaneutralität auszurichten.

Konkret werden wir dafür diese Maßnahmen umsetzen:

- Wir wollen die Fortschreibung des städtebaulichen Masterplans Innenstadt vorantreiben. Damit schreiben wir auch zukünftig ein Regiebuch mit konkreten Empfehlungen zur kurz- und mittelfristigen sowie perspektivischen Entwicklung des Plangebiets bis 2035.

- Entwicklung und Umsetzung eines Masterplans Sauberkeit, der z.B. auch Mülltrennung im öffentlichen Raum, eine smarte Mülltonnensteuerung, die Berücksichtigung der Schnittstellen zwischen den Beteiligten und eine *Zero Waste*-Strategie umfasst.
- Offene Stellen im Ordnungsamt kurzfristig besetzen und mittelfristig weitere Stellen schaffen, jedem Veedel ein Ordnungsamts-Team zuweisen.
- Entwicklung und Umsetzung eines Masterplans Sicherheit durch geeignete Maßnahmen, wie z.B. einen weiteren Ausbau der Partnerschaften von Polizei, Ordnungsamt und Streetwork. Gezielte Umgestaltung von Angsträumen.
- Plätze in den links- und rechtsrheinischen Quartieren aufwerten, z.B. mit (Trink-) Brunnen, Bäumen, Bodengestaltung und Bänken. Öffentliche, kostenfreie Toiletten sollen in ausreichendem Maße in allen Parks zur Verfügung stehen.
- Zentrale Plätze in der Innenstadt auf Basis bereits beauftragter Machbarkeitsstudien und Wettbewerbe umgestalten. Insbesondere der Barbarossaplatz soll eine Aufwertung durch eine grundlegende Neuordnung der Verkehrsflüsse erfahren, ggf. durch eine Tieferlegung der Stadtbahn. Der Neumarkt soll zu einem Ort werden, der zum Verweilen einlädt.
- Aufwertung von öffentlichen Plätzen in Außenbezirken durch z.B. kulturelle Zwischennutzungsangebote.
- Auch im Sinne einer effizienten Flächennutzung werden im innerstädtischen Bereich bestehende Traufhöhenbegrenzungen überprüft und Hochhausentwicklungen auf Grundlage bereits beauftragter Studien unterstützt. Für weitere Hochhausplanungen werden zukünftige Anforderungen erarbeitet.
- Zur städtebaulichen Aufwertung des Offenbachplatzes und der angrenzenden Quartiere werden die Ergebnisse der bereits beauftragten Machbarkeitsstudie zur Tieferlegung der Nord-Süd-Fahrt zur Grundlage genommen, dabei soll der Nord-Süd-Fahrradverkehr mitbedacht werden.
- Wir bekräftigen unseren Plan, den Baubeschluss für die Historische Mitte auf der Grundlage der Wettbewerbsergebnisse bis 2023 zu fassen.
- Aufwertung des linksrheinischen Rheinufer („Basteiufer“, bis AXA-Hochhaus) sowie des rechtsrheinischen Rheinufer (Anbindung des Rheinparks nach Norden, inklusive der Erschließung eines neuen Ausgehquartiers an der Hafestraße).
- Überdeckung der A57 ab Gürtel bis Wöhlerstraße und im Bereich der Herkulesstraße ab Lukasstraße zur Entwicklung eines neuen gemischten Quartiers unter Einbeziehung des Geländes Alter Schlachthof und Gleisdreieck.
- Entwicklung gemischter Quartiere mit Wohnen, Gewerbe und Kultur, bspw. Hallen Kalk und Otto-und-Langen-Quartier unter besonderer Berücksichtigung der Werkstattergebnisse und der Vorschläge der Akteure vor Ort.
- Die Errichtung des Mahnmals zum Gedenken an die Opfer des Keupstraßen-Attentats wird forciert.

Köln, den 29. November 2020

Für die Sondierungsgruppen:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Katja Trompeter

Frank Jablonski

Christiane Martin

Lino Hammer

Antje Kosubek

Sven Lehmann MdB

Katharina Dröge MdB

Berivan Aymaz MdL

Arndt Klocke MdL

CDU

Bernd Petelkau MdL

Florian Braun MdL

Serap Güler

Gisela Manderla MdB

Dr. Ralph Elster

Niklas Kienitz

Volt

Jennifer Glashagen

Christian Achtelik

Isabella Venturini

Manuel Jeschka

Lucas Sickmüller

Rebekka Müller

Tobias Berger